



Detailansicht des Registereintrags

Allianz Kommunalen Großkrankenhäuser e. V.

Aktuell seit 21.04.2026 17:56:05

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000295
Ersteintrag:	04.02.2022
Letzte Änderung:	21.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Hausvogteiplatz 1 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493068051537 E-Mail-Adressen: info@akg-kliniken.de Webseiten: www.akg-kliniken.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **PD Dr. Thomas Menzel**
Funktion: Vorsitzender des Vorstandes
2. **Dr. Götz Brodermann**
Funktion: 1. stellv. Vorsitzender
3. **Dr. Karin Hochbaum**
Funktion: 2. stellv. Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Nils Dehne**
2. **Christoph Schulze**
3. **Dr. Thorsten Kehe**
4. **Dr. Johannes Danckert**
5. **PD Dr. Thomas Menzel**
6. **Dr. Götz Brodermann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

29 Mitglieder am 01.01.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck des Vereins ist die Bündelung der Interessen von Großkrankenhäusern in kommunaler Trägerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die gegenseitige Unterstützung seiner Mitglieder, insbesondere in Bezug auf die Patientenversorgung und die gemeinsame Nutzung von Kompetenzen. Darüber hinaus soll der Verein gemeinsame Interessen formulieren und entwickeln und diese mit kommunalen Institutionen - auch im Bereich der Gesundheitspolitik - abstimmen, sowie eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit organisieren und gestalten. Im Zuge dessen werden Positionspapiere veröffentlicht, persönliche Gespräche geführt, Messeauftritte, sowie auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.

Die AKG-Kliniken sind ein Zusammenschluss von über 20 großen kommunalen Krankenhäusern aus ganz Deutschland. Mit ihrer herausragenden Rolle als Arbeitgeber und Versorger für ihre Region stehen sie für fast 10 Prozent der gesamten stationären Akutversorgung in Deutschland. Mit ihrem Zusammenschluss erheben die AKG-Kliniken neben dem täglichen kollegialen Austausch den Anspruch, als relevante Stimme in der Gesundheitspolitik wahrgenommen zu werden. Alle Mitglieder sind Maximalversorger in kommunaler Trägerschaft und decken damit das gesamte medizinische Spektrum ab. Als kommunale Krankenhäuser erbringen die Mitglieder der AKG-Kliniken eine wichtige Leistung für die Versorgung der gesamten Bevölkerung, von der Grund- bis zur Maximalversorgung. Damit leisten sie einen wichtigen gesundheitspolitischen Beitrag. Die Gewinne werden reinvestiert und nicht an Investoren abgeführt. So bleiben die Gelder den Regionen erhalten.

Die Geschäftsstelle in Berlin sorgt dafür, dass die AKG-Kliniken im gesundheitspolitischen Diskurs gehört und eingebunden sind.

Ihr Ziel: Ein gesamtgesellschaftlich getragener und politisch gesteuerter Strukturwandel in der Krankenhausversorgung sowie ein verantwortungsvoller und dem Versorgungsauftrag entsprechender Umgang mit den knappen Ressourcen.

Unterstützt wird der Verein dabei von der Agentur ADVERB.

Die Agentur ADVERB ist eine Strategieberatung für Lobbying und Kommunikation. Sie berät Bundes- und Landesverbände bei der Interessenvermittlung.

Zu den Aufgaben der Agentur gehört die Entwicklung und Beratung bei der Umsetzung von Kommunikation zu politischen Akteur*innen. (u.a. Entwicklung und Unterstützung bei der Erstellung von Positionspapieren, Erstellung und Versand von Newsletter, Konzeption und Umsetzung von Informationsveranstaltungen).

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Änderungen im KHVVG: konsistente Planung und Finanzierung, bedarfsgerechte Ressourcenallokation

Beschreibung:

- Ausnahmeregelungen bei Leistungsgruppen: keine Relativierung der Anforderungen oder dauerhafte Abweichungen von der gemeinsamen Planungslogik
- Onkochirurgische Eingriffe: keine zu differenzierte Betrachtung nach Leistungsgruppen bei onkologischer Zentren
- Koordinierungsfunktion: Ausgestaltung mit klarem regionalen Bezug und Verbindung zur Versorgungsrolle
- Vorhaltevolumen: je Land und Leistungsgruppe fallunabhängig ausgestalten
- Auszahlung des Vorhaltebudgets: über einen Vorhaltefonds um Fehlanreize entgegenwirken
- Transformationsfonds: Schaffung Ausnahmeregelung im Rahmen des Wettbewerbsrechts

und analoge Weiterentwicklung Strukturfonds
- Notfallreform: zeitliche und inhaltliche Abstimmung mit dem KHVVG, konsistente Einbindung der Notfallstufen und Koordinierungsfunktion

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2405220031 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2408190009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2503040006 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [SG2505230013](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Reform der Notfallversorgung

Beschreibung:

Die geplante Notfallreform sollte zeitlich und inhaltlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der

Krankenhausreform beschlossen werden. Dabei ist auf eine konsistente Einbindung der bestehenden Notfallstufen sowie der zukünftigen Koordinierungsfunktion zu achten. Die derzeit

bestehende große Unsicherheit für die Krankenhäuser über die zukünftige Ausrichtung stellt ein

großes Risiko für die Sicherung der flächendeckenden Versorgung dar.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Reform der Notfallversorgung (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 17.11.2025

Federführendes Ministerium: BMG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405220032](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG)

Beschreibung:

Koordinierungsfunktion für Level-3-Krankenhäuser in Verbindung mit dem Themen Krisenvorsorge (KRITIS) definieren und finanzieren.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2512 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform -
(Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform
(Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Auszahlung Sofort-Transformationskosten steuern

Beschreibung:

Auszahlung der Sofort-Transformationskosten an Krankenhäuser nicht über Rechnungszuschläge, sondern über eine Anhebung der Zuschläge für die Teilnahme von Krankenhäusern an der Notfallversorgung.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/778 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025

Betroffenes geltendes Recht:

KHEntgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508280003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. Statt pauschaler Kürzungen notwendige Strukturreformen zügig und konsequent umsetzen

Beschreibung:

Wir lehnen eine ausschließlich auf pauschale Kostenreduzierungen ausgerichtete Gesetzgebung zur Stabilisierung der GKV ausdrücklich ab. Mit der verabschiedeten

Krankenhausreform werden die notwendigen Strukturreformen zur Stabilisierung der Ausgabenentwicklung im Krankensektor adäquat adressiert. Gleichzeitig bedarf es jedoch zielgerichteter Maßnahmen zur Steuerung der tatsächlichen medizinischen Inanspruchnahme.

STRUKTURREFORMEN STATT PAUSCHALE KÜRZUNGEN

KRANKENHAUSREFORM UMSETZEN

VORHALTEFINANZIERUNG WEITERENTWICKELN

NOTFALLVERSORGUNG UND PRIMÄRVERSORGUNG STÄRKEN

KRISENVORSORGE MITDENKEN

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604210030 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

860.001 bis 870.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[20250508_AKG-MV_Beschluss_Rechenschaftsbericht-JA_2024-Entlastung_red.pdf](#)